

PRO & CONTRA KANN DEUTSCHLAND SO VIELE FLÜCHTLINGE AUFNEHMEN?**Wir sind im Stress,
am Limit
sind wir nicht**

Nicht Deutschland ist in Not, die Geflüchteten sind es. Nicht der deutsche Rechtsstaat ist bedroht und ebenso wenig ist es unsere Sicherheit. Die Genfer Flüchtlingskonvention

definiert die Schutzrechte Geflüchteter. Unser Versagen liegt in der mangelnden Ordnung der Prozesse, einer überforderten und teilweise noch immer auf Abschottung ausgerichteten Politik sowie der fehlenden europäischen Solidarität.

Natürlich muss es nun endlich auch um das Bekämpfen der Fluchtursachen gehen. Das wird aber Zeit kosten. Ebenso wichtig ist es, die Nachbarn Syriens bei der Versorgung von Flüchtlingen besser zu unterstützen und eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU zu organisieren. Das alles wird aber nichts daran ändern, dass nach wie vor Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Und dass unser Land ein so begehrtes Ziel ist, ist doch keine Schande, sondern zeichnet uns aus.

Es hilft nichts, wenn Horst Seehofer jetzt mit dem Zeigefinger auf die Regelungen des Dublin-Abkommens verweist und darauf beharrt, dass es die Flüchtlinge eigentlich gar nicht geben dürfe. Sie sind trotzdem da. Und Grenzen schließen, Transitzone einrichten? Realitätsfern. Menschen, die um ihr Leben und das ihrer Kinder fürchten, machen vor Grenzen nicht halt.

Es ist richtig: Die Bundesregierung hätte sehr viel früher Vorkehrungen treffen müssen. Und auch die EU hat die Staaten an den europäischen Außengrenzen zu lange alleine gelassen. Einen solidarischen Umgang innerhalb der Union in dieser Frage gab es bisher nicht, er ist aber unbedingt nötig: Die derzeitige Krise bietet somit auch die Chance, die EU ein Stück solidarischer zu machen. Die EU muss sich entscheiden, mit Blick auf ihre Entstehungsgeschichte und ihre Wertegemeinschaft, welche Prinzipien für sie an oberster Stelle stehen und welches Selbstverständnis sie hat.



Dieter Janecek ist für die Grünen Mitglied im Deutschen Bundestag.

**Gesinnungsethik
ersetzt
den Rechtsstaat**

Mit dem Mantra der Alternativlosigkeit rechtfertigt die Kanzlerin die „Euro-Rettung um jeden Preis“, im anderen Fall die „Wir schaffen das!“-Willkommenskultur. Eine Gesinnungsethik unter der Fah-

ne der Humanität hat jedoch erhebliche Gefahren. Die Flüchtlingspolitik trägt Züge einer Entgrenzung. Deren Konsequenzen sind unabsehbar. Wesensmerkmale der staatlichen Souveränität sind der Schutz der Außengrenzen sowie die Entscheidung über Einreise und Zuzug von Ausländern. Der Schengener Grenzkodex basiert auf dem Grundsatz: Schutz der EU-Außengrenzen gegen Verzicht auf Grenzkontrollen an den Binnengrenzen. Derzeit aber entfällt ein wirk-



Dirk Meyer ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Helmut-Schmidt-Universität.

samer Schutz der Außengrenzen. Die deutschen Grenzkontrollen sind deshalb eine Notwehrmaßnahme. Doch hier handelt die Regierung ohne Konzept: Die Registrierung von Flüchtlingen und die Antragstellung auf Asyl stellen einen Rechtsbruch dar. Entsprechend Dublin III ist derjenige Mitgliedstaat für das Asylverfahren zuständig, über den der Flüchtling die EU erstmals betritt. Eine Durchleitung von Flüchtlingen aus Italien und über die Balkanstaaten steht dem Vertrag von Lissabon ebenso entgegen wie die Fährten von Deutschland nach Schweden. Die Flüchtlingsströme sind damit das Ergebnis eines illegalen Zusammenspiels verschiedener europäischer Mitgliedstaaten und der deutschen Regierung. Es gibt also keinen Flüchtling an einer deutschen Festlandsgrenze mit Recht auf Asyl.

Was ist zu tun? National: vorangekündigte Grenzschließung für Flüchtlinge und Herstellung einer parteiübergreifenden, auch außerparlamentarischen Kooperation auf der Basis von Rechtsstaat und Verantwortungsethik – abseits von Pegida und unreflektierter Willkommenskultur. Europäisch: Aushandlung eines reformierten EU-Vertrags auf der Basis des Binnenmarktes bei eingeschränkter Personenfreizügigkeit, der eine gemeinsame Fortentwicklung von Clubs einzelner Staaten bei gemeinsamen Interessen und Potenzialen ermöglicht.

**Prinzip offene
Grenze**

CDU- und CSU-Politiker kritisierten diese Woche Österreich dafür, Flüchtlinge gezielt nach Deutschland zu leiten – bis zu 5500 Menschen passierten die Grenze Anfang der Woche pro Tag.